

THESEN

für eine
sozialdemokratische Kunstpolitik

Vorbemerkung

Das nachfolgende Gutachten über die gesellschaftliche und soziale Situation der bildenden Künstler wurde im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verfaßt.

Es ist zu verstehen als Diskussionsstoff, der die Erarbeitung einer umfassenden Konzeption sozialdemokratischer Kunstpolitik durch die zuständigen Gremien initiieren soll.

Es sind Thesen formuliert aus der Sicht eines bildenden Künstlers, die durch empirische Untersuchungen und bessere Argumente bestätigt oder entkräftet werden mögen.

Wenn sie eine Auseinandersetzung über die Bedeutung kunstpolitischer Aussagen im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auslösten, wäre viel erreicht.

Bonn, den 15. Juli 1972

Klaus Geldmacher

"Künstlerischem Schaffen ist volle Freiheit zu gewähren. Staat und Gemeinden sind zur Hergabe von Mitteln verpflichtet, die der Förderung schöpferischer Gestaltungskraft und der Vermittlung kultureller Werte aus allen Bereichen der Kunst dienen sollen. Die künstlerische Entfaltung darf durch kein Reglement, insbesondere durch keine Zensur, beschränkt werden."

Ein gutes Jahrzehnt, nachdem diese Sätze zur Kunst im Godesberger Programm von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen wurden, lebt der subventionierte Kulturbetrieb immer noch nicht von den Errungenschaften der Demokratie, sondern er hat lediglich einen Teil der Verpflichtungen des Absolutismus, das Mäzenatentum, übernommen. Mäzenatentum aber in der Rolle von Repräsentation oder - wie manche meinen - schlimmer: als Alibifunktion, als Verpackung, nicht als Inhalt.

Die Kulturproduzenten, die Künstler, haben sich über die Grenzen der föderalistischen Struktur der Kulturverwaltungen hinweg zusammengeschlossen zu Bundesvereinigungen, sie streben in die Gewerkschaften, um ihre Forderungen und Vorstellungen überregional und an richtiger Stelle artikulieren zu können.

Diese Solidarisierung und das sich abzeichnende Selbstverständnis der Künstler als Abhängige verlangen nach einer Konkretisierung sozialdemokratischer Kunstpolitik.